

erein Calw
zeiten"
Haydn
nachmitt. 4 Uhr
f in Calw
g von
hier (Sopran),
Ackermann-
zertsänger
ass) Kammer-
art (Kontrabass)
artige Musik-
ensorchester
er Aichele.
der Buchhandlung
0 u. 3.30 einschl.
auf 1. u. 2. Platz
ssigung.
blung
ends 7 Uhr
ff" in Calw
Achtung!
in am
amstag
tag?
al-
eits-
kel
rühl
w.
ich ladet ein
e Besizer.
pro Monat
und barem monat
ehene Herren
enz
es bestens eingeführt
3.000.-
unter S. R. 3599 durch
Schreiner
allgem. Handreparatur
dur dauernd ge sucht.
Schwarzweibstein
Schömberg
Station Liebengell.
andwirte!
r Behämpfung von
nheiten d. Schweine
Kranke u. Kottant,
ufzucht u. Erhaltung
s gefunden Tier-
andes gebräucht
ig und allein die hie
sch = Universal-
Komposition.
ieberlage in der
enen Apotheke
Calw.



Nr. 149. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.
Erscheinungswelfe: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf.
Religion Nr. 2. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 2.
Donnerstag, 30. Juni 1921.
Bezugspreis: In der Stadt mit Zehgerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugs-
preis Mt. 12.00 mit Beifüggeb. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur auswärtigen Lage.

Hervé gegen die Fortführung der Sanktionen.
Paris, 29. Juni. Gustav Hervé bezeichnet in einem Leitartikel der „Victoire“ die Zustimmung des Generals Höfer zu dem Abzugsplan der Interalliierten Kommission in Oberschlesien als einen neuen Beweis für den deutschen guten Willen. Warum, fragt er, verleiht sich der Ministerpräsident in diesem Augenblick gegenüber der neuen deutschen Regierung mit ihren demokratischen Tendenzen darauf, die Aufhebung der im Rheinland gegen die alte reaktionäre Regierung ergriffenen Sanktionen zu erwirken? Er fürchtet, der Schwäche angeklagt zu werden, er fürchtet die politische Unerschrockenheit vieler junger Abgeordneten, die, von ihrem Haß gegen Deutschland oder durch ihre Furcht vor ihm geblendet, die Räumung der Kohlenhöfen am Rhein und die Befestigung der Zolllinie als einen Rückzug betrachten würden. Will man die demokratischen Tendenzen in Deutschland begünstigen oder nicht? Wenn ja, so hebe man die Sanktionen auf. Es ist unethisch, Sanktionen aufrecht zu erhalten, wenn die Ursachen, die sie veranlassen haben, verschwunden sind.

Der englische Vorkanzler über den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.
Auf dem Londoner Kongreß der internationalen Handelskammern, auf dessen Tagesordnung u. a. auch die Probleme der Reparation, insbesondere die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien stehen, erklärte der englische Vorkanzler Birkerhead, daß dieses Problem nicht durch die Vorurteile und Leidenschaften der letzten Jahre beeinflusst werden dürfe. Er wandte sich dann gegen die wirtschaftliche Isolierung Deutschlands und sagte: Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei der gegenwärtigen Weltlage durch die Verbannung irgend einer Nation von diesen Besprechungen (Deutschland ist zu dem Kongreß nicht eingeladen) irgend ein Nutzen erzielt werden kann. Eine derartige Verbannung könnte nur dann verteidigt werden, wenn man glaubt, die wirtschaftliche Gemeinschaft habe Vorteil davon, daß ein früherer Feind vorübergehend oder für lange Zeit von internationalen Geschäften ausgeschlossen wird. Die von Deutschland zu zahlende Entschädigung kann nur in Arbeit oder in Arbeitsproduktion geleistet werden. Daraus folgt mit der größten Selbstverständlichkeit, daß die, die Deutschland eine große Wiedergutmachung auferlegt haben, sich nun entschließen müssen, den Übergang in einen Zustand zu erleichtern, der die Zahlungen möglich macht.

Die deutschen Reparationszahlungen.
Paris, 29. Juni. Die Reparationskommission veröffentlicht ein Communiqué über die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen. Die deutsche Regierung hat soeben der Reparationskommission eine neue Zahlung von 44 Millionen Goldmark geleistet. Die seit Mai ds. Js. geleisteten Barzahlungen belaufen sich mithin auf 160 427 000 plus 83 949 690 Goldmark, zusammen 244 376 690 Goldmark.

Der unerschütterliche Anschlußwille in Desterreich.
Wien, 29. Juni. Wie die „Parlamentarische Korrespondenz“ meldet, wurde in der gestrigen Sitzung des Reichsparteitags der Großdeutschen Volkspartei einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der erklärt wird, Desterreich müsse versuchen, so lange sein Leben zu fristen, bis der Augenblick komme der es ihm ermöglicht, wenn auch als armes so doch als aufrechtes Mitglied in den deutschen Bundesstaat einzutreten.

Der griechisch-türkische Krieg.
Paris, 30. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Ismid bereits am 27. Juni geräumt, wodurch die Kemalisten freie Bahn nach Konstantinopel haben. Die Stadt Ismid ist von ungefähr 30 000 Flüchtlingen angefüllt. Die griechischen Behörden haben alle griechischen Dampfer für den Transport der Flüchtlinge nach Griechenland beschlagnahmt. Ein Anzahl der Flüchtlinge ist bereits in Konstantinopel ausgeschifft worden.

London, 30. Juni. Harnsworth stellte im Unterhaus mit, daß die Lage auf der Ismid-Halbinsel unsicher sei. Die griechischen Streitkräfte hätten die Stadt Ismid am 27. geräumt. Die Stadt habe jetzt in Flammen. Im ganzen Bezirk herrsche große Panik. Zahlreiche Armeenier und Türken fliehen in Richtung Konstantinopel. Die britischen Interessen befänden sich, wie Harnsworth erklärte, nicht in Gefahr.

Die angebliche Lage Sowjetrußlands.
Kopenhagen, 29. Juni. Nach einem Telegramm der „Politiken“ war die Stimmung auf dem Dritten internationalen Kongreß in Moskau äußerst matt. Trotzki erklärte, daß das internationale Proletariat eine offensive Haltung einnehmen müsse. Die Lebensmittelversorgung in der Sowjetrepublik ist beständig verzweifelt. Die

Sowjetverwaltung in Moskau hat beschlossen, ihre Käufe im Ausland auf Lebensmittel zu beschränken. Im Wolga-Gebiet ist eine Mähernte zu verzeichnen.

Um die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.
London, 30. Juni. „Press Association“ erfährt von gutunterrichteter Seite, daß die Möglichkeit bestehe, daß die japanische Frage auf mehrere Monate verschoben werde. Während dieser Zeit werde der bisherige Vertrag zwischen England und Japan automatisch fortbestehen, was den Premierministern von Australien und Canada ermögliche, sich nach ihrer Rückkehr mit ihren Kollegen zu beraten und wenn nötig eine Volksabstimmung über die Vorschläge der Reichskonferenz stattfinden zu lassen. — Armes Japan, du wirst genau so reingelegt werden wie die Russen.

Japanische Wünsche nach Rüstungseinschränkungen.
London, 30. Juni. Reuter meldet aus Tokio, daß der Verband der Handelskammern Japans eine Entschliessung angenommen habe, in der es heißt, jetzt, nachdem der Völkerverbund eine vollendete Tatsache sei, müßten die Rüstungseinschränkungen in allen Ländern ernstlich erörtert werden. Die Entschliessung besage außerdem, daß Japan mit den Mächten bezüglich der Abrüstung ein Uebereinkommen schließen müsse, damit der internationale Frieden gewährleistet und mehr Energie der industriellen Entwicklung zugewandt werde.

Auch Amerika zur Abrüstung bereit?
Washington, 30. Juni. (Reuter.) Präsident Harding hat an den republikanischen Führer des Repräsentantenhauses, Mondell, ein Schreiben gerichtet, indem er erklärt, es sei wünschenswert, von dem Kongreß eine günstige Meinungsäußerung über die Weltabrüstung zu erhalten. Eine solche Meinungsäußerung solle in den allgemeinen Ausdrücken gehalten sein. Harding versicherte Mondell, daß die vorkommende Staatsgewalt bereit sei, einer solchen Meinungsäußerung jede Beachtung zu schenken. — Boretti wird aber noch frohlich weitergerufen, und das Ergebnis dieses Abrüstungswettlaufes wird ein neuer Weltkrieg sein.

Die widerliche Friedensschlußkomödie in Amerika.
London, 30. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, ist man dort der Zuversicht, daß Präsident Harding die Resolution, durch die der Friedenszustand mit Deutschland hergestellt wird, während des Wochenendes unterzeichnen wird. Einer anderen Meldung aus Washington zufolge erwarten die Führer des Repräsentantenhauses und des Senats eine sofortige Ratifizierung des Friedens mit Deutschland und sofortige Unterzeichnung durch Präsident Harding.

Newport, 29. Juni. (Durch Funkgespräch.) Die „Tribune“ meldet aus Washington, daß die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution gelangt sind. Sie stimmten den vom Senat gemachten Vorbehalten zu, nach denen in der Hand eines Treuhänders befindliches Eigentum solange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich geregelt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugestanden ist und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Sanktionen, sowie Beschlagnahmungen anerkannt (!) haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 1. Juli in Kraft treten. — Also wir müssen den Raub uneres Privateigentums, namentlich der deutschen Schiffe, anerkennen, ehe wir Frieden bekommen.

Ausland.
Verwendung der deutschen U-Boote in Frankreich.
Berlin, 30. Juni. Nach dem „Berliner Lok-Anz.“ wird die West in Loulon am 1. Juli die Beförderung der deutschen U-Boote vollständig beendet haben. Von 27 U-Booten sind 11 wieder völlig instand gesetzt worden. Sie werden in die französische Marine eingeteilt.

Zollerhöhungen in Frankreich.
Paris, 30. Juni. Heute soll durch ein Dekret der französischen Regierung, das im „Journal Officiel“ veröffentlicht werden wird, der Getreideeinfuhrzoll, der bisher 7 Francs betrug, auf 14 Francs und der Zoll auf Zucker von 20 auf 50 Francs erhöht werden.

Eine neue Arbeiterkrise in England.
London, 30. Juni. Wie die Blätter melden, scheint eine neue industrielle Krise den Kohlenstreik ablösen zu wollen. Die Abstimmung des Maschinenbauerverbandes über die Vorschläge der Unternehmer bezüglich der Herabsetzung der Löhne ergab 257 532 Stimmen gegen und nur 125 014 Stimmen für die Annahme der Vorschläge der Unternehmer. Der Vorsitzende des Ver-

bands erklärte jedoch, daß trotzdem eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden würde.

Wieder ein Attentat auf den Prinzregenten von Serbien.
Belgrad, 30. Juni. Nach einer Meldung der „Vost. Bl.“ aus Belgrad wurde gestern, am Jahrestag des Attentats von Sarajewo, ein Attentat auf den Prinzregenten Alexander von Serbien verübt. Als dieser nach der Eidesleistung auf die Verfassung die Nationalversammlung verließ, warf ein Mann eine Bombe gegen den Wagen, in dem der Prinzregent und Ministerpräsident Pajitch saßen. Beide blieben unverletzt.

Aufnahme des australischen Dampferverkehrs mit Deutschland.
London, 30. Juni. Reuter meldet aus Melbourne, daß die australische Schiffsfahrtslinie den Verkehr mit Deutschland wieder aufnehmen. Der Dampfer „Dongarra“ werde außer für Antwerpen und London auch für Hamburg laden.

Zur Lage in Oberschlesien.

Die Räumung des Aufstandsgebiets.
Gleiwitz, 29. Juni. Die Stadt Laband ist seit dem 27. d. M. abends von Insurgenten frei. Der Bahnhof ist noch besetzt. In der Richtung Rudzinitz sind 25 französische Lastautos abfahren zur Abholung von englischen Truppen.

Sindenburg, 29. Juni. Die Stadt und die umliegenden Dörfer sind von Insurgenten frei. Züge abmarschierender Insurgenten passierten die Stadt.

Kattowitz, 29. Juni. Der Zug des Internationalen Roten Kreuzes wird, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nunmehr nicht verlehren, da nach der durchgeführten Räumung der wieder einsetzende regelmäßige Eisenbahnverkehr besondere Flüchtlingszüge überflüssig machen wird.

Sindenburg, 29. Juni. Das Rathaus ist geräumt, die polnische Fahne eingezogen. Einzelne Abteilungen rücken in östlicher Richtung ab. In den Dörfern wird auf Grund der Verfügung der Interalliierten Kommission vom 29. Mai die neue Polizei gebildet, doch besteht der Verdacht, daß in den meisten Dörfern diese Polizei eine äußerlich umgewandelte Insurgententruppe ist.

Fortdauer der polnischen Gewalttherrschaft.
Mysłowiz, 29. Juni. Der Stadt ist eine Kontribution von einer halben Million Mark auferlegt worden. Die Bürgererschaft hat protestiert und beim Kreiskontrollleur Schritte eingeleitet.

Plesch, 29. Juni. Hier haben die Aufständischen eine neue sogenannte Grenzaufsichtsbehörde, angeblich gegen den Schmuggel, eingerichtet.

Berlin, 29. Juni. Reuter meldet aus Warschau, daß auf Einladung der polnischen Insurgenten eine Konferenz zwischen den obereschlesischen deutschen Groß-Industriellen und den Insurgenten stattgefunden habe. — Diese Meldung ist insofern richtig, als vor einigen Tagen in der Schule von Schoppinitz eine Besprechung zwischen Korzanty und einigen Werksverteilern stattgefunden hat. Diese Herren waren unter Bedrohung zu der Sitzung geladen und mußten sich dem Zwange fügen. Von den Chefs der Verwaltungen war niemand erschienen. Nur Unterdirektoren ohne Vollmachten, die den Insurgenten erreichbar waren, hatten dem Druck Folge geleistet, ohne vorher irgendwelche Fühlungnahme mit den Zentralleitungen genommen zu haben. Die Werksvorsteher haben übrigens keinerlei Zusicherungen gemacht, sondern den polnischen Ausführungen, die sich auf die Möglichkeit der Hebung der im Zusammenbruch befindlichen obereschlesischen Wirtschaft erstreckten, lebhaft widersprochen.

Nichterfüllung der Räumungsbedingungen durch die Polen.

Berlin, 30. Juni. Der obereschlesische Berichterstatter des „Vorwärts“ meldet, daß die fristgemäße Räumung des vom Selbstschutz besetzten Gebiets ordnungsmäßig vor sich gegangen ist. In den von den Polen geräumten Gebieten sind bisher nur die Städte von Ententetruppen besetzt worden, während die geräumten Dörfer sich bisher noch nicht unter dem Schutz der alliierten Truppen befinden. Es besteht daher große Gefahr, daß sich auf dem Lande neue Verstöße gegen Leben und Eigentum der Deutschen ereignen, falls nicht die J. R. auch der Landbevölkerung den unbedingt notwendigen Schutz angebeihen läßt.

Blättermeldungen aus Beuthen zufolge hat in der Nacht zum 29. Juni erneut ein umfangreicher Angriff der Insurgenten auf die Stadt Beuthen stattgefunden. Geschäfte wurden geplündert und in die Häuser Handgranaten geworfen. Die Franzosen verhielten sich bei dem Angriff passiv.

eine Tabakpflanzung... Tabakbau steuerpflichtig... bis spätestens 15...

den Urmacher... (Einheitsverband) ab. Es sind ungenügende...

Verammlung... über die Markterlöse...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Verammlung... in der Mühle in Landshausen...

Stuttgart, 30. Juni. Das „Stuttg. Neue Tagblatt“ schreibt: Zur besseren Beleuchtung unserer Klage über die hohen Kirchs...

(SGB.) Heidenheim, 28. Juni. Vom 1. Juli ab erscheint hier eine neue sozialdemokratische Zeitung, die „Heidenheimer Volkszeitung“ als Kopfblatt der Ulmer Donauwacht. Redaktion und Expedition befinden sich hier, der Druck erfolgt in Ulm.

(SGB.) Muerhardt, 29. Juni. Die Generalversammlung der Schwäb. Möbelindustrie, A. G., genehmigte die Verteilung von 12 Prozent Dividende und die beantragte Erhöhung des Aktienkapitals von 2 auf 3 Millionen M. Die Vorschläge wurden als befriedigend geschildert. Die Arbeiterklasse erhielt als Anerkennung dafür, daß sie sich an keinem Streik beteiligte und auch keine passive Resistenz ausübte pro Kopf 100 M. von dem Vorsitzenden, Kommerzienrat Wittmann, aus eigener Tasche ausgehändigt.

(SGB.) Münsingen, 29. Juni. Unter dem Vorsitz von Oberamtmann Parabeis fand kürzlich die Amisversammlung statt für Grunderwerbungsstellen zum Straßenbau Feldstetten-Zäufingen wurden 15 000 M. verwilligt. Der Feuerungszuschlag zu den Straßenunterhaltungskosten der Gemeinden wurde auf 90 Prozent festgesetzt. Der Aufwand für Straßen besijert sich auf 370 000 M. Der Amtsschaden beträgt 625 000 M. Für den Redaktionsrat zeichnet die Amtskörperschaft 100 000 M. Aktien.

(SGB.) Reutlingen, 29. Juni. Am Samstag wurde ein Mann vom unteren Bezirk ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, der im Verdacht steht, den Anschlag auf den Generalschmarhschall Herzog Albrecht von Württemberg und den Fürsten Erich von Zeil verübt zu haben.

(SGB.) Ulm, 29. Juni. Kommerzienrat Max Wieland und Geheimrat Abg. Dr. Philipp Wieland haben zur Errichtung eines Säuglingsheims 500 000 M. gestiftet.

(SGB.) Von der Bayerischen Grenze, 29. Juni. Am letzten Sonntag wurde in der Mühle in Landshausen (B. A. Dillingen) gewalttätig eingebrochen und nicht weniger als 78 000 M. darunter ein Scheck mit 10 000 M., gestohlen. In nächster Nähe der Mühle war der Eigentümer Jg mit seinem Personal bei der Generalre besichtigt.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Zur Mietpreisfrage.

Von Seiten des Haus- und Grundbesitzervereins wird uns geschrieben: Es war nicht unsere Absicht, zu den Verhandlungen zwischen Haus- und Grundbesitzerverein und Mieterverein das Wort zu ergreifen. Es ist genug darüber gesprochen und geschrieben worden, ohne daß es der einen Seite gelingen wäre, die andere zu überzeugen. Einige Behauptungen in dem Bericht vom 25. Juni über die Mieterversammlung können jedoch, weil sie den Tatsachen zuwiderlaufen, nicht un widerprochen bleiben.

Dem Haus- und Grundbesitzerverein fällt die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen nicht zur Last. Seine Vertreter waren bereit, den Vermittlungsorschlag des Herrn Stadtvorstandes anzunehmen. Damit ist die Behauptung, der Haus- und Grundbesitzerverein habe seine Bedingungen nie genannt, widerlegt. Wir haben unsere Vertreter von Anfang an und ohne Vorbehalt mit Vollmacht versehen, von sich aus Vereinbarungen zu treffen, dagegen haben die Vertreter der Mieter monatelang ohne Vollmacht und immer an die nachträgliche Genehmigung ihres Ausschusses gebunden. Die Absicht auf gegnerischer Seite, eine Vereinbarung hinauszuziehen, wurde immer mehr offensichtlich. Als unsere Vertreter nach

monatelangen Warten sich nicht mehr länger hinhalten ließen und auf Verhandlungen mit bevollmächtigten Vertretern bestanden, wurde versucht, durch Hineinragen persönlicher Gegenstände die Verhandlungen zu fördern. Als dies nicht verding, stellte man unseren Vertretern ein „Ultimatum“, das sie annehmen oder ablehnen mußten. Einen Mittelweg ließ man ihnen nicht offen. Man wollte also den Hausbesitzern die Bedingungen der Mieter aufzwingen, daher war eine Einigung unmöglich. Das „Ultimatum“ brachte außerdem neue, in den früheren Besprechungen mit keinem Worte erwähnte Bedingungen, u. a. Verhandlungen wegen eines neuen Mietvertrages, die allein wieder monatelange neue Beratungen nötig gemacht hätten. Der Mangel an gutem Willen, zu einem Schluß zu kommen, lag auf gegnerischer Seite klar zu Tage. Da sowohl der Wortlaut als der Inhalt des „Ultimatums“ jedes weitere Verhandeln ausschloß, blieb unseren Vertretern nichts anderes übrig, als es abzulehnen. Bilde sich aus Vorstehendem jeder sein eigenes Urteil darüber, wer die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen trägt.

Die Gegenüberstellung der Steigerung der Mietpreise in Calw von angeblich 120-150 Prozent gegenüber 20-30 Prozent in anderen Städten ist durchaus irreführend. Wir wollen nur einige Städte als Beispiel herausgreifen. Ulm hat eine Steigerung von 50 Proz. und Neudorf eine solche von 65 Proz. der Friedensmieten, mit Extraberechnung der erhöhten Umlagen, der Brandversicherung und anderer Zuschläge, lauter Lasten für den Hausbesitzer, die in dem Vergleichsvorschlag des Stadtvorstandes in Betracht zu kommen. Dies weiß der Berichterstatter des Mietervereins genau. Wie kann er trotzdem solche offensichtlich unrichtigen Gegenüberstellungen in breiter Öffentlichkeit vorbringen? Berücksichtigt man die hiesige Umlage (35 Proz. gegenüber früher 9 Proz.) noch dazu für 1920 rückwirkend gemacht, ferner die Steigerung der Brandversicherung um 400 Proz., die Erhöhung auch der geringsten Ausbesserungs- und Instandhaltungskosten um mehr als das zehnfache, so lassen sich die in Calw vorgenommenen Steigerungen sehr wohl mit denen anderer Städte vergleichen.

Auf das Reichsmietengesetz näher einzugehen können wir uns sparen. Seine Auswirkungen werden wesentlich andere sein, als die Mehrzahl der Mieter glaubt und sogar vielen Hausbesitzern Erleichterungen bringen. Es wird eine erhebliche Steigerung der Mieten im Gefolge haben, der Mieter wird an den Lasten des Hausbesitzers seinen vollen Anteil tragen müssen und mit dem Tragen der Lasten wird auch das Verständnis dafür kommen. Der Widerstand der Hausbesitzer gegen das neue Gesetz richtet sich in der Hauptsache gegen die damit begonnene Sozialisierung des Hausbesitzes, die sich in den abtlichen vernichtenden Folgen jeder Sozialisierung auswirken wird, sehr zum Schaden auch der Mieter.

Der von auswärts bestellte Redner scheint über die hiesigen Verhältnisse in einer Weise berichtet worden zu sein, die sehr zu bedauern ist. Diese sind hier sicherlich besser als der Landesdurchschnitt. Daß es immer noch Leute gibt, welche sich nicht genug tun können, Ausnahmen zu veralgemeinern oder ihren eigenen Wohnort herunterzusetzen, kann nicht genug verurteilt werden. Die das tun, sind sicher keine Calwer Kinder, auch keine Zugezogenen, die eine Liebe zu ihrer neuen Heimat, unserem schönen sauberen Städtchen, gefaßt haben. Man beschämt nicht sein eigenes Nest. Nur eine Bemerkung des Redners soll herausgegriffen werden, die beweist, mit welcher Unwissenheit und gänzlich unbewiesenen Schlagworten harmlose Gemüter in Erregung gebracht werden. Er sagte, es seien 90 Proz. Mieter und 10 Proz. Vermieter. Danach würden auf jeden Hausbesitzer 10 Mieter kommen. In Calw gibt es unseres Wissens nicht ein einziges Haus mit 10 Mietern und doch zählt Calw ungefähr 600 Wohnhäuser. Auch anderswo werden solche Mietafarnen Ausnahmen sein. Auf Calw trifft die Behauptung also nicht zu. Stimmt sie für das Land Württemberg? Nach den Erhebungen des Statistischen Landesamtes bestanden 1912 in Württemberg 537 811 Haushaltungen. Davon wohnten 18 024 in Dienstwohnungen, 192 140 in Mietwohnungen und 327 632 in Eigenwohnungen. Wenn man die Haushaltung zu durchschnittlich 4 Personen rechnet, so wohnen von den 2 1/2 Millionen Einwohnern Württembergs etwa 768 000 Seelen in Mietwohnungen, also ein hartes Viertel der Einwohnerschaft, das der Mehrzahl seinen Willen aufzwingen und sie in ihrem ehrlich

ist und die sich um ihr Dasein schlägt, das Wort gleichbedeutend ist mit Tod?“

Wilderich schlug verzweifelt die Hände vors Gesicht.

„Sprechen Sie, was wollen Sie, was treibt Sie, so zu handeln?“ Was hat den Erzherzog getrieben mir einen solchen Brief zu schreiben, einen Brief, der mir Handlungen zumutet wider den Machthaber, der augenblicklich hier die Gewalt hat?“

„Ich, ich allein,“ rief Wilderich aus. „Ich drängte ihn zu dem Briefe. Ich liebe Benedicte, ich wollte ihr Beschützer sein, ich wollte sie retten, nun bringe ich Ihnen den Tod durch meine Leidenschaft.“

„Sie lieben meine Tochter?“ rief der Schultheiß mit einem unbeschreiblichen Ton von Erstaunen und Entrüstung zugleich aus.

„Sie ist also in der Tat Ihre Tochter?“

„Sie sagen, Sie lieben sie, und wissen nicht, wer sie ist?“

„Nein, und dennoch liebe ich sie, innig und tief und ehrlich, wie ein deutscher Mann je geliebt hat. Ich wußte sie bedroht, dem gefährlichsten Verdacht, den Beinigungen durch ein ihr feindseliges Weib ausgesetzt, ich zitterte für ihre Freiheit, ihr Leben, ich wagte alles, um ihr Hilfe zu bringen.“

„Sie sehen, welche Hilfe Sie gebracht haben,“ fiel der Schultheiß bitter ein, während ein paar Tränen über seine bleichen alten Wangen zu rollen begannen.

„Sie sind ein unvernünftiger, hirnloser Mensch, der das Verderben über mich gebracht hat“ fuhr er dann fort; „aber ich sehe, Sie fühlen es, wie nutzlos Sie handeln. Sie sind nicht schuldig, Sie verdienen jedenfalls den Tod nicht, der Sie erwartet, sicherer, unabwendbarer als mich. Retten Sie sich, Sie müssen Ihr Heil in der Flucht suchen, fliehen Sie, bevor man kommt, Sie in den Kerker zu führen.“

„Fliehen? Wohin?“

„Das Haus unten ist voll Soldaten; aber vielleicht gibt es einen Weg über die Speicher, auf die Dächer der nächsten

erworbenen Besitz entziehen will. Bilde sich jeder anordnendgemeine Leser sein eigenes Urteil.

Haus- und Grundbesitzerverein Calw e. V.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Für Garten und Haus.

Die Liebe zur eigenen Scholle schlummert in einem jeden Menschen. Er ist glücklich, wenn er auf einem Fleckchen Erde und sei es noch so winzig, säen und pflanzen kann.

Natürlich muß man für die Gartenarbeit auch zweckmäßig gekleidet sein, sonst kann man nicht graben und jäten. Am praktischsten ist das Dirndlkleid, aber nicht jede Dame liebt es, darin durch die Straßen der Stadt zu wandern, und so schuf man eine Menge netter einfacher Kleider, die praktisch und bequem sind und auch im Haus getragen werden können. Besonders hübsch ist unser Modell K 744 aus grobem, farbigem Leinen nach Art der Dirndltracht geschnitten, das aber durch den ungelegten weißen Kragen ganz städtisch wirkt. Für gärtnerische „Schwarzarbeit“ ist natürlich die Gärtnerchürze (W 469) unerlässlich. Sie hat vorn eine große Tasche, wie bei einer Kammerchürze (W 352) aufgesteppt, in der man das Handwerkzeug bequem unterbringen kann. Sonst genügt eine einfache Vornmesschürze aus bunt bemustertem Beizal mit einfarbigem Pappe, die ebenso gut ein Kleid ersetzen kann wie ein schlichter Morgenrock, wenn er adrett gearbeitet ist.

Anna P. Wedekind.



- B-F 557. Einfaches farbiges Hauskleid mit Beizeintrag... W 508. Kleiderchürze aus hellem Waschstoff... H 110. Einhellchürze aus Batist... W 517. Kleiderchürze aus gestreiftem Waschstoff...

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Levin Schücking.

Wilderich hätte ihm nachrufen mögen: „Halt, warten Sie, ich habe einen Preis, um den Sie absteigen werden von diesem entsetzlichen Verfahren wider zwei Unschuldige; aber ebenso rasch fuhr ihn der Gedanke durchs Hirn, daß der französische Gewaltthaber alsdann ihm einfach seine Briefe werde nehmen wollen, wie er den Brief des Erzherzogs genommen, ohne dafür das geringste Zugeständnis zu machen; und dann, wie kamte Wilderich von diesen Briefen in Gegenwart des Schultheißen reden, sie zeigen; wer war die Frau, die sie an den General geschrieben? War es nicht das eigene Weib des Schultheißen? Sollte er dem alten gebrochene Manne die Schmach antun? Und wenn er es tat, wenn er diese verbrecherische Liebe dem Manne des treulosen Weibes verriet, war ihm dann nicht gerade deshalb die schonungsloseste Rache des Generals gewiß?“

Diese Gedanken durchzuckten ihn; er hatte sie noch nicht ausgesprochen, als der General längst verschwunden war.

„Mein Gott,“ sagte der Schultheiß, sich an der nächsten Stuhllehne aufrecht erhaltend, mit kreidbleichen Lippen, „unseliger Mensch, welches Schicksal bringen Sie über mich! Wie um Himmels willen!“

„Nehmen Sie meine Verzweiflung nicht noch,“ rief Wilderich im fürchterlichsten Schmerze aus. „Ich gäbe jeden Tropfen meines Blutes dafür, könnte ich wieder gutmachen, was ich verbrochen an Ihnen — dies Entsetzliche; aber Sie sind ja unschuldig, was kann Ihnen geschehen, deshalb, weil ein von Gott und seinem Verstande verlassener Mensch Ihnen einen Brief bringt?“

„Was mir geschehen kann, das fragen Sie, nachdem Sie selbst es gehört, das Wort Kriegsgericht — und wissen Sie nicht, daß in einer Stadt, wo der Belagerungszustand erklärt ist, in Tagen, wie diese sind, bei einer Armee, die auf der Flucht

